



Ulrich Kelber  
Bonns  
Bundestagsabgeordneter

## Newsletter



Aktuelles

Bonn

Berlin

Service

Nr. 14/2006, 127. gesamt / 08.09.2006

### Zitat

#### Zwischenruf

„Es gibt viele Experten, für die die Konjunktur schon wieder zu Ende war, bevor sie eigentlich begonnen hatte. Es ist anders gekommen, und darüber freue ich mich.“

(Aus der Rede von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück)....

### Themen in dieser Ausgabe:

- Aus dem Petitionsausschuss
- Förderung Stadtzentren
- Vertragsarztrecht
- Konjunktur
- Ausbildungsförderung
- Diese Woche im Plenum

## Das Gammelfleisch, der Minister und die Verantwortlichkeit

Bei aller Kritik an manchen Positionen von Bundesminister Seehofer: Was für ein Unterschied war in den Auftritten von Seehofer und dem bayerischen Verbraucherschutzminister Schnappauf in der Sondersitzung erkennbar. Während Seehofer durchaus auf die offenen Frage und die seit dem letzten Gammelfleischskandal nicht realisierten Maßnahmen einging, ließ Schnappauf eine halbe Stunde im Stoiber-Stil eine Platitüde nach der anderen los.

Keine Antwort darauf, wie das Gammelfleisch in Bayern acht Kontrollen im Kühlhaus entgehen konnte, obwohl die Etiketten diletantisch gefälscht waren. Keine Antwort darauf, warum die Behörden in Bayern sieben Monate nicht auf die Warnungen der Lebensmittelkontrolleure aus Mannheim, dass der bayerische Betrieb veraltetes Fleisch mit gefälschten Etiketten versehen hatte, reagierten. Keine Antwort darauf, warum Bayern nicht schon seit zwei Wochen die Namen der beteiligten Händler veröffentlicht, obwohl vermutlich noch Teile des Gammelfleischs im Umlauf sind.

Auf die Frage, warum es gerade die Bayern

sind, die jetzt auf genau die Verschärfungen des Verbraucherinformationsgesetzes drängen, die sie im Mai 2005 zusammen mit den anderen CDU-regierten Bundesländern noch verhindert hatten, wurde natürlich auch nicht geantwortet.

Es bleibt dabei: Anstatt nach BSE und den ersten Gammelfleischskandalen die Zahl der Lebensmittelkontrolleure zu erhöhen, hat Bayern die Zahl verringert und die Prüfungen finden jetzt seltener und oberflächlicher statt. Und ganz aktuell sind in Bayern – und anderen CDU-regierten Bundesländern – die Privatisierungen der Lebensmittelkontrollen in Vorbereitung. Prost, Mahlzeit!

Besonders peinlich war auch der Auftritt der FDP. Zwanzig Minuten lärmte der FDP-Abgeordnete Goldmann, es müsse endlich durchgegriffen werden, um dann auf Nachfrage zu erklären, die Namensnennung der kriminellen Betriebe und deren „Hehler“ dürfe natürlich nicht stattfinden. Die Verbraucherschützer sollen also ohne die entsprechende rechtliche Waffe in den Kampf gegen die Fleischmafia geschickt werden, eine tolle FDP-Logik.



## Peter Struck zur aktuellen Frage des Libanon-Einsatzes

Über den schwierigsten Auslandseinsatz der Bundeswehr müssen wir in den nächsten Tagen entscheiden. Wir sind um die Hilfe gebeten worden, von den UN, vom Libanon und von Israel, bei der UN-Mission im Libanon mitzuwirken. Es wird ein robustes Mandat für die deutsche Marine, vor allem aber ein friedentiftendes Mandat sein, das eine belastbare Waffenruhe garantiert. Dabei ist die humanitäre Hilfe für die Region vorrangig. Libanon wird wieder zu einem Partner-

land unserer Entwicklungshilfe. Es kommt auf den Wiederaufbau von Wohnungen und die Eindämmung der Ölpest vor der libanesischen Küste an. Wir sind uns darüber im klaren, dass der militärische Beitrag nur dann dauerhaft helfen kann, wenn ernsthaft nach politischen Lösungen im Nahen Osten, insbesondere für Israel und Palästina gesucht wird.

## "Ungerechtfertigte Schlechterstellung" bei Studenten ändern

Studenten, die zu Hause wohnen, sollen mit Studenten, die nicht bei den Eltern wohnen, finanziell gleichgestellt werden. Dafür hat sich der Petitionsausschuss eingesetzt. Die entsprechende Eingabe wurde am Mittwochmorgen einvernehmlich an die Bundesregierung "zur Erwägung" überwiesen und den Fraktionen des Bundestages "zur Kenntnis" gegeben. Der Petent kritisiert, dass seine Mutter als Empfängerin von Arbeitslosengeld II (ALG II) nur ein Drittel der Mietkosten erstattet bekommen, er selbst aber gleichzeitig nur eine verminderte Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalte, da er zu Hause wohne. Diese Rechtslage sei eine "ungerechtfertigte Schlechterstellung" und müsse daher geändert werden.

Die vom Ausschuss eingeholte Stellungnahme der Bundesregierung ergab, dass die Petition Ausdruck der nicht aufeinander gestimmten Regelungen des ALG II und des BAföG sei. Einer ALG

II-Empfängerin, die zusammen mit ihren volljährigen Kindern wohne, würden die Kosten der Unterkunft zu einem Drittel erstattet. Im Rahmen des BAföG erhalte der bei seiner Mutter lebende Sohn einen Wohnkostenzuschuss in Höhe von pauschal 44 Euro. Über das Wohngeld könne für den Sohn ein weiterer Zuschuss zum restlichen Teil der Miete beantragt werden, nicht dagegen die volle Erstattung, heißt es weiter. Die konkrete Höhe des Wohngelds richte sich nach der Anzahl der Wohngeldberechtigten, die Höhe der Miete sowie dem Einkommen des Sohnes. Auf Grund des Zuschusscharakters des Wohngelds bleibe hinsichtlich des Mietanteils des studierenden Sohnes regelmäßig eine Restbelastung übrig, die aus den Kosten des Lebensunterhalts zu tragen sei. Das BAföG sei ein Massenleistungsgesetz, bei dem der Gesetzgeber von pauschalierenden Regelungen grundsätzlich Gebrauch machen dürfe. Eine solche Regelung sei auch bei der unterschiedlichen Festsetzung der Höhe der Zuschüsse für bei den Eltern wohnenden gegen-

über auswärts wohnenden Studierenden erfolgt. Für die Eltern von Studierenden sei es in der Regel kostengünstiger, ihn zu Hause wohnen zu lassen als in einer eigenen Wohnung. Die Forderung nach einer finanziellen Gleichstellung mit Studierenden, die nicht bei den Eltern wohnen, sei nicht begründet, da nicht vergleichbare Sachverhalte vermengt würden, heißt es.

Auch wenn ein "verfassungsrechtliches Gleichbehandlungserfordernis" nicht bestehe, ergibt sich nach Ansicht des Petitionsausschusses daraus eine "unbefriedigende Rechtslage". Diese könne sogar dazu führen, dass gemessen an den Standards der Sozialhilfe im Einzelfall existenzsichernde Mittel nicht mehr zur Verfügung ständen. Deshalb ist aus Sicht des Ausschusses eine Überarbeitung und Anpassung der entsprechenden Gesetze "dringend erforderlich". Die Regierung habe mitgeteilt, dass auf Arbeitsebene bereits Gespräche zwischen den beteiligten Ministerien geführt worden seien.

## Regierung will Investitionen in Stadtzentren fördern

Bauprojekte sollen schneller genehmigt werden, wenn bereits erschlossenes Bauland genutzt wird. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt ([16/2496](#)), der ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren vorsieht. Demnach entfällt zukünftig die förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für solche Bauvorhaben, die brachliegende Grundstücke wieder nutzbar machen. Dies soll vor allem einer

"nachhaltigen Stadtentwicklung entgegenkommen". Nach Ansicht der Bundesregierung begünstigt das beschleunigte Verfahren Projekte, die der "Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung und dem Umbau vorhandener Ortsteile dienen". Die Erschließung von neuem Bauland soll demgegenüber weniger attraktiv werden. Laut Gesetzentwurf können Projekte bis 20.000 Quadratmeter

Grundfläche von der UVP freigestellt werden. Bei Bauvorhaben zwischen 20.000 und 70.000 Quadratmetern müsse erst eine Vorprüfung zu dem Ergebnis führen, dass keine umweltschädlichen Auswirkungen zu erwarten sind. Der Bundesregierung zufolge soll das Gesetz Investitionen in den Stadtzentren erleichtern und damit ein "zentrales Anliegen der Stadtentwicklung" aufgreifen.

## Bundesregierung will Vertragsarztrecht erneuern

Niedergelassene Ärzte und Zahnärzte dürfen nach dem Willen der Bundesregierung künftig Zweigpraxen eröffnen. Damit soll unter anderem dem Ärztemangel in einigen ländlichen Regionen etwa in Ostdeutschland begegnet werden, wie aus dem Gesetzentwurf zur Änderung des Vertragsarztrechts (16/2474) hervorgeht. Die Zweigpraxen dürfen danach auch an Orten außerhalb eines Bezirks einer Kassenärztlichen Vereinigung angesiedelt werden. Zudem sollen Vertragsärzte und -zahnärzte ohne Begrenzung Mediziner auch anderer Fachrichtungen anstellen können. Bislang war diese Möglichkeit auf einen ganztags beschäftigten oder zwei halbtags beschäftigte Ärzte einer Fachrichtung beschränkt.

Auch für die Gründung medizinischer Versorgungszentren sind Erleichterungen geplant. Die Regierung will darüber hinaus die Altersgrenze für den Zugang zur vertragsärztlichen Tätigkeit von 55 Jahren und die Altersgrenze für das Ende der vertragsärztlichen Tätigkeit von 68 Jahren in unterversorgten Regionen aufhe-

ben. Schließlich soll der zehnpromtente Vergütungsabschlag für privatärztliche Leistungen sowie für Leistungen freiberuflicher Hebammen in Ostdeutschland aufgehoben werden.

Der Gesetzentwurf sieht zudem einen Zuschlag für Patienten vor, die die Praxisgebühr nicht bezahlen. Säumige Praxisgebührenzahler, die trotz schriftlicher Aufforderung die Zahlung verweigern, müssen künftig die Gerichtsgebühren in Höhe von etwa 150 Euro tragen. Verbessert werden soll die Stellung der Patientenvertreter in den Selbstverwaltungsgremien. Dazu wird dem Entwurf zufolge eine Aufwandsentschädigung eingeführt.

Krankheitswahrscheinlichkeiten sollen nun erst zum 1. Januar 2009 im Risikostrukturausgleich (RSA) der gesetzlichen Krankenkassen verankert werden. Die Einführung der so genannten direkten Morbiditätsorientierung im RSA sollte ursprünglich zum 1. Januar 2007 erfolgen. Die Verschiebung sei "durch den zwischenzeitlichen Zeitablauf erforderlich geworden", heißt es zur

Begründung. Der 1994 eingeführte RSA gleicht in gewisser Hinsicht Nachteile aus, die sich durch die unterschiedliche Versichertenstruktur bei den einzelnen Krankenkassen und Kassenarten ergeben. Dabei werden Faktoren wie Einkommen, Alter oder Geschlecht der Versicherten berücksichtigt. Bis 2007 sollte der RSA um den Faktor Krankheitswahrscheinlichkeiten ergänzt werden.

Der Bundesrat, der dem Entwurf zustimmen muss, fordert in seiner Stellungnahme Änderungen. So sollen die Kassenärztlichen Vereinigungen bei der Praxisgebühr säumigen Patienten auch Mahn- und Verwaltungskosten sowie Zinsen auferlegen können. Überörtliche Zweigpraxen und Berufsausübungsgemeinschaften lehnt die Länderkammer ab. Sie will zudem den Vergütungsabschlag für privatärztliche Leistungen in Ostdeutschland erhalten, da Löhne und Gehälter im Osten noch immer deutlich unter Westniveau lägen. In ihrer Gegenäußerung lehnt die Bundesregierung diese Änderungswünsche des Bundesrates ab.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Dort einfach die Nr. eingeben

## "Stimmung in der deutschen Wirtschaft zuversichtlich"

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist nach Auffassung der Bundesregierung zuversichtlich. Dies betont sie in ihrem Umsetzungs- und Fortschrittsbericht zum "Nationalen Reformprogramm Deutschland 2005 bis 2008" (16/2467). Wachstumsimpulse kämen nicht nur aus der Weltwirtschaft, sondern verstärkt auch aus dem

Inland. Neben den Ausüstungsinvestitionen trügen auch die privaten und die staatlichen Konsumausgaben zur Belebung bei. Die Bauinvestitionen hätten zunächst unter den ungewöhnlich starken, witterungsbedingten Einflüssen gelitten, würden nun aber nachgeholt. Die aufwärtsgerichtete Grundtendenz der Konjunktur habe sich gefestigt. Vor

diesem Hintergrund bestehen für die Regierung keine Zweifel, dass das im Frühjahr prognostizierte Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent in diesem Jahr erreicht werden kann. Insgesamt seien die Perspektiven günstig, dass sich die strukturellen Reformen zügig in mehr Beschäftigung umsetzen, stellt die Regierung fest.

## Termine

**09.09.06, 11 Uhr - Bonn**  
SPD-Fest auf dem Münsterplatz

**12.09.06, 11 Uhr - Berlin**  
Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum ländlichen Raum

**13.09.06, 19 Uhr - Bonn**  
Bürgerversammlung zum Bahnverkehr in Bonn, Theodor-Litt-Schule Kessenich

**16.09.06, 11 Uhr - Bonn**  
„Uli Kelber vor Ort“, Paulaner Stüberl, Hausdorffstraße 189, Kessenich

**18. –22.09.06 Berlin**  
Sitzungswoche Bundestag

## Service

Informationen zu Stromsparmöglichkeiten der Initiative EnergieEffizienz im Internet unter

[www.stromeffizienz.de](http://www.stromeffizienz.de)

Ulrich Kelber  
Bonns  
Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030–227 700 26  
Fax: 030–227 760 08  
Email: [ulrich.kelber@bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@bundestag.de)

Büro Bonn:  
Clemens-August-Str. 64  
53115 Bonn  
Tel: 0228–280 31 35  
Fax: 0228–280 31 36  
Email: [ulrich.kelber@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@wk.bundestag.de)

... und im Internet  
unter  
[www.kelber.de](http://www.kelber.de)

Die Texte der Seiten 2-4 stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.



Karikatur: Klaus Stuttmann

## Aufstockung der EQJ-Förderung ist wichtiges Signal für die Ausbildungschancen junger Menschen

Das Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) hat sich in den vergangenen zwei Jahren als äußerst wirkungsvoller Türöffner in betriebliche Ausbildung erwiesen. Bundesarbeitsminister Franz Müntefering will das Förderprogramm deshalb von bisher 25.000 auf 40.000 Plätze aufstocken.

Das EQJ-Programm ist Teil des Ausbildungs paktes, der im Juni 2004 von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft für eine Dauer von drei Jahren vereinbart wurde. Die Wirtschaft verpflichtete sich, jährlich 25.000 Praktikumsplätze für eine betriebliche Einstiegsqualifizierung Jugendlicher zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug verpflichtete sich die Bundesregierung, den Betrieben die Vergütung der Prakti-

kantinnen und Praktikanten zu erstatten und die Sozialversicherungsbeiträge zu übernehmen.

Im Rahmen der EQJ-Praktika erhalten die Jugendlichen die Chance, den Arbeitsalltag in einem Betrieb kennen zu lernen und berufspraktische Fähigkeiten zu erwerben. Eine erfolgreich absolvierte Einstiegsqualifizierung kann später auf eine Berufsausbildung angerechnet werden. Zuletzt absolvierten über 30.000 Jugendliche ein EQJ-Praktikum.

Bislang haben knapp 60 Prozent der Jugendlichen nach der Einstiegsqualifizierung eine betriebliche Ausbildung begonnen. Somit hat sich die Maßnahme als effektive Brücke in Ausbildung bewährt.

Angesichts der angespannten Lage am Ausbildungsstellenmarkt ist die Aufstockung durch das Bundesministerium

für Arbeit und Soziales ein deutliches Signal für die Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen und ein wichtiger Beitrag, um spätestens in der Nachvermittlungphase alle ausbildungswilligen Jugendlichen in Ausbildung oder Qualifizierung zu bringen.

Von der Wirtschaft wird erwartet, dass sie die Vorlage nutzt und Praktikumsplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellt. Es ist darauf zu achten sein, dass das EQJ-Programm tatsächlich denjenigen Jugendlichen zu Gute kommt, deren Vermittlungschancen aus individuellen Gründen eingeschränkt sind. Die Übergangsquoten in Ausbildung müssen auch künftig das hohe Niveau der vergangenen Jahre erreichen.



### TOPTHEMA

#### Bundeshaushalt 2007

Zur 1. Lesung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2007 hat die Bundesregierung einen Entwurf (Drs. 16/2300) vorgelegt, der den Weg einer ausgewogenen Politik des Sanierens, Investierens und Reformierens fortsetzt. Durch systematische Verbesserungen auf der Einnahmenseite und konsequente Einsparungen auf der Ausgabenseite werden alle wesentlichen im Koalitionsvertrag vereinbarten Konsolidierungsschritte umgesetzt und die beiden zentralen haushaltspolitischen Eckpfeiler für 2007 eingehalten: Die Summe für Kredite liegt unter den Ausgaben für Investitionen (Artikel 115 Grundgesetz) und das Maastricht-Defizitkriterium wird, voraussichtlich sogar bereits in diesem Jahr, wieder unterschritten. Verabschiedet werden soll der Bundeshaushalt in der Woche vom 21. bis 24. November.

#### Konsolidierung und Wachstumsförderung

Das mittel- und langfristige Ziel bleibt ein ausgeglichener Bundeshaushalt. Eine schrittweise Konsolidierung bei gleichzeitiger Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung ist der richtige, aber schwierige Weg. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung zeigt, dass dieses Konzept der Regierungskoalition aufgeht und nachhaltig wirkt. Die strukturelle Lücke zwischen dauerhaften Einnahmen und Ausgaben des Bundes soll auch weiter deutlich verringert werden. Nur ein konsolidierter Staatshaushalt garantiert auf Dauer einen starken handlungsfähigen Staat, den die Bürgerinnen und Bürger zurecht fordern.

#### Schwerpunkte des Haushalts

Die im Haushalt 2006 gesetzten Impulse für Wachstum und Beschäftigung werden in 2007 fortgeführt, wichtige Zukunftsbereiche verstärkt gefördert. So sind die Maßnahmen des 25-Milliarden-Euro-Programms zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung

und im Rahmen dessen auch das 6-Milliarden-Euro-Programm zur Stärkung von Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2007 und im Finanzplan bis 2010 entsprechend berücksichtigt. Die Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden gegenüber dem Vorjahr um rund 6 Prozent gesteigert. Der Bereich der Familienförderung wird mit der Einführung des Elterngeldes gestärkt. Die Investitionen für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße für 2007 wurden aus den Mittel des 25-Milliarden-Euro-Programms aufgestockt. Insgesamt werden für die Jahre 2006 bis 2009 4,3 Milliarden Euro aus diesem Programm zur Verfügung gestellt.

Für das KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm stehen bis 2009 jährlich 1 Milliarde Euro Programmmittel bereit - in 2006 sogar 1,5 Milliarden Euro. Damit intensivieren wir die energetische Gebäudesanierung, setzen nachhaltige Impulse für die Baukonjunktur und den wirtschaftlichen Aufschwung und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Das Programm war in diesem Jahr so erfolgreich, dass die KfW-Mittel dafür bereits jetzt aufgebraucht sind.

Die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende stellen aufgrund der immer noch hohen Langzeitarbeitslosigkeit eine anhaltende Belastung für den Bundeshaushalt dar. Für die Grundsicherung für Arbeitssuchende sind im Entwurf 2007 insgesamt 33,6 Milliarden Euro vorgesehen, davon 21,4 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II. Ferner wird der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Älterer weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet: Für die Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer stehen 232 Millionen Euro in 2007 zur Verfügung.

... Fortsetzung nächste Seite



### Eckdaten des Haushalts

Der Haushaltsentwurf 2007 sieht Ausgaben in Höhe von 267,6 Milliarden Euro vor. Die Investitionen werden bei rund 23,5 Milliarden Euro stabilisiert. Vor allem die Infrastrukturleistungen des Bundes werden auf hohem Niveau verstetigt. Mit dem Haushaltsentwurf 2007 wird die Nettokreditaufnahme im Vergleich zu 2006 um rund 16 Milliarden Euro vermindert. Sie liegt damit unter der verfassungsrechtlichen Regelgrenze des Artikel 115 Grundgesetz. Auch der Referenzwert des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts - das Maastricht-Defizitkriterium - wird eingehalten: Das gesamtstaatliche Defizit wird im Jahr 2007 deutlich unter 3 Prozent des BIP liegen. Die Steuereinnahmen werden nach dem Entwurf 2007 bei rund 214,5 Milliarden Euro liegen, rund 20,5 Milliarden mehr als im Haushalt 2006. Sonstige Einnahmen betragen 31,1 Milliarden Euro.

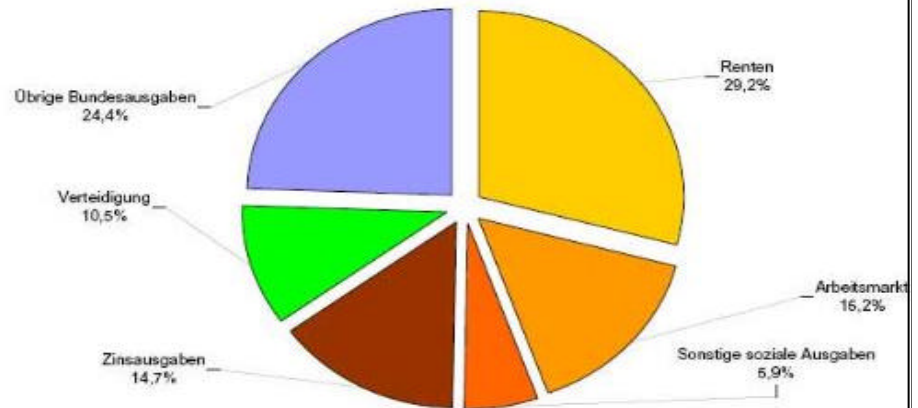
### Die größten Einzeletats

Den größten Einzeletat hat mit knapp 122,17 Milliarden Euro (2006: 119,55 Milliarden Euro) das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der zweitgrößte Etat ist die Bundesschuld (vor allem Zinsausgaben) mit etwa 40,46 Milliarden Euro (39,11 Milliarden Euro). Es folgen das Verteidigungsministerium mit knapp 28,4 Milliarden Euro (27,87 Milliarden Euro) und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit 24,04 Milliarden Euro (etwa 23,74 Milliarden Euro).

### Konsolidierung kein Selbstzweck

Solide Staatsfinanzen und ein verlässlicher Konsolidierungskurs können zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven beitragen und sichern die staatliche Handlungsfähigkeit auch in der Zukunft. Sie leisten einen Beitrag zu stabilen Preisen und niedrigen Zinsen und sie stärken das Vertrauen von Konsumenten und Investoren. Mit einem Bündel von Gesetzen und Einzelmaßnahmen werden Bund,

RegEntw. 2007



Länder und Gemeinden bereits im Zeitraum von 2006 bis 2009 um fast 120 Milliarden Euro entlastet. Getragen wird der Konsolidierungsfortschritt einerseits durch Kürzungen auf der Ausgabenseite und andererseits durch den Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen.

### Im Interesse unserer Kinder und Enkel

Trotz der günstigen Konjunkturdaten und den voraussichtlichen Steuermehreinnahmen muss weiteren Ausgabenwünschen eine Absage erteilt werden. Die grundlegenden Probleme werden selbst durch die höheren Steuereinnahmen nicht gelöst. Der Staat hat nach wie vor 1.500 Milliarden Euro Schulden und zahlt pro Jahr etwa 70 Milliarden Euro Zinsen. Aus diesem Grund muss auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer festgehalten werden. Das Steuerplus gegenüber den Haushaltsplanungen ist nach wie vor nicht so groß, dass Bund und Länder auf ihre Punkte aus der Mehrwertsteuer verzichten können. Auch dem Argument, ein Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung würde die Wirtschaftsentwicklung noch einmal und zusätzlich so verbessern, dass es zusätzliche Steuereinnahmen in entsprechender Höhe gibt, kann eine verantwortliche und vorsichtige Finanz- und Haushaltspolitik nicht folgen. Der Bundeshaushalt und auch die Länderhaushalte müssen nachhaltig stabilisiert werden. Nur so können wir Politik machen, die auch über den Tag hinaus trägt und die auch im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder liegt. Wir schulden unseren Kindern und Enkeln jede Anstrengung für tragfähige, solide und verlässliche öffentliche Finanzen.